

Angriffe auf gesetzliche Rentenversicherung abwehren!



DIE LINKE.

Angriffe auf gesetzliche Rentenversicherung abwehren!

Die Anfänge der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland gehen auf das Ende des 19. Jahrhunderts zurück. Entscheidend dafür war der zunehmende Druck aus den Reihen der Arbeiterbewegung. Das System finanzierte sich von Anfang an durch Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Eine wesentliche Stabilisierung trat 1957 mit dem System der Umlagefinanzierung ein, wonach eingezahlte Beiträge unmittelbar für Rentenzahlungen verwendet werden. Dieses Umlageprinzip gilt bis heute und hat sich grundsätzlich bewährt.

Angriffe auf gesetzliche Rentenversicherung

Angriffe auf die gesetzliche Rentenversicherung, aber insbesondere auf das Prinzip der Umlagefinanzierung, haben sich in den letzten Jahren erheblich verstärkt. Angeblich sei der demografische Wandel mehr und mehr eine Bedrohung, weil immer weniger Beitragszahler für immer mehr Rentenbeziehende aufkommen müssten. Zudem würden Jüngere zu stark belastet, weil sie erheblich höhere Beiträge zahlen müssten. Als Alternative wird immer öfter nach der Bildung von Kapitalfonds gerufen oder auch nach einer ausschließlich aus Steuermitteln finanzierten Altersversorgung.

Welche Haltung vertritt DIE LINKE?

Auch DIE LINKE unterschätzt keineswegs die Herausforderungen des demografischen Wandels. Deshalb sollten die gegenwärtigen Überschüsse nicht zu Beitragssenkungen, sondern zum Aufbau einer Nachhaltigkeitsreserve führen. Aber vor allem plädieren wir für eine Erwerbstätigenversicherung, in die alle, also auch Selbstständige, Politiker oder Beamte, einzahlen. Zudem muss der Staat für sämtliche artfremde Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung wie Kindererziehungszeiten oder Kosten bei Überführung des DDR-Rentensystems aufkommen. Die gegenwärtigen staatlichen Zuschüsse in Höhe von ca. 80 Milliarden Euro sind allerdings zu niedrig; eigentlich müssten es ca. 130 Milliarden Euro sein. Keinesfalls aufgegeben werden darf die Umlagefinanzierung, die sich wesentlich krisenfester als jedwedes Kapitaldeckungssystem erwiesen hat. Auch eine ausschließlich aus Steuermitteln finanzierte Rente wäre nicht krisenfest; ihre Höhe hinge vielmehr von der jeweiligen Haushaltslage des Staates ab.